

Die Freiwilligkeit hat ausgedient

Der Nationalrat beendete im März den Klimarappen II zugunsten der CO₂-Abgabe. Ein erfreuliches Ereignis. Die kostendeckende Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien soll, sind uns die parlamentarischen Geister wohlgesinnt, in der Sommersession im Ständerat verabschiedet werden. Gründe genug, uns mit Michael Kaufmann, Programmleiter von EnergieSchweiz, über Energiepolitik zu unterhalten.

Interview



Michael Kaufmann:
«Natürlich ist da eine gewisse Ungeduld, weil die Entscheide von Session zu Session vertagt werden. Andererseits ist es auch verständlich, dass das Parlament sich solch wichtige Entscheide genau überlegt»

Interview: Anita Niederhäusern;
Bilder: EnergieSchweiz

Das Interview fand am 24. März statt, einen Tag nachdem der Nationalrat der CO₂-Abgabe zugestimmt hatte.

Herr Kaufmann, vor einer Woche nahmen Sie am Pelletforum 2005 und vor zwei Tagen in Basel an einer Podiumsdiskussion über die künftige Stromversorgung teil. Haben Sie noch weitere Anlässe besucht?

Am Tag vor dem Pelletforum war ich an einer Energietagung im Toggenburg. Mit 250 Teilnehmenden war das ein eindrücklicher Anlass. Am Tag darauf referierte ich vor der Waldkorporation Muotatal über die Bedeutung der erneuerbaren Energien in der Schweiz. Dann folgte eine Podiumsdiskussion in Basel und gestern über Mittag referierte ich bei der Coop-Bank zum Thema Gebäudetechnik. Das waren zwei typische Wochen mit sehr vielen Aussenkontakten und sehr verschiedenen Teilnehmern.

Mutieren Sie zum Papst der erneuerbaren Energien der Schweiz, einfach mit weniger Geld und kleinerer Anhängerschaft als der kirchliche Papst?

Num, Papst ist wohl das falsche Wort, aber ich finde es sehr wichtig, dass wir mit dem Programm EnergieSchweiz auftreten. Als Programmleiter vertrete ich eine klare Botschaft, die heisst: Wenn wir die Versorgungslücken beim Strom oder bei den fossilen Energien decken wollen, die in den nächsten 20 bis 30 Jahren, in der nächsten Generation auf uns zukommen, dann lautet eine entscheidende Frage, wie viel erneuerbare Energie wir erzeugen können. Die andere Frage ist, wie weit sich

der Verbrauch reduzieren und die Energieeffizienz steigern lassen. Das sind die beiden Schlüsselthemen, die wie Zwillinge zusammengehören. Die Aufgabe von EnergieSchweiz ist es, diese Fragen zu beantworten, konkrete Modelle auszuarbeiten, Zukunftsprojekte zu unterstützen mit Know-how, Finanzen und auch politisch. Und wir müssen die verschiedenen Players zusammenbringen. Deshalb erachte ich

«Der Markt allein löst die Probleme nicht»

es auch als sehr wichtig, dass wir hier in Bern nicht im Elfenbeinturm sitzen bleiben, sondern eng mit der Basis zusammenarbeiten.

Trotzdem, die entscheidende kostendeckende Einspeisevergütung wird von Session zu Session verschoben. Gestern wurde zwar zum Glück der Klimarappen II endgültig begraben. Trotzdem befürchtet man jetzt, dass eine verwässerte CO₂-Abgabe kommt. Viele, die im Bereich erneuerbare Energien tätig sind, sind der Meinung, dass die diesbezügliche Energiepolitik einer Verhinderungspolitik gleichkommt. Man muss unterscheiden zwischen dem Programm EnergieSchweiz und anderen bestehenden Möglichkeiten. Ich schaue es als unsere Aufgabe an, Sicherheit zu schaffen. Investitionssicherheit und Kontinuität sind sehr wichtige Elemente, auch für die Wirt-

schaft. Wir können gute Projekte bis zu einem gewissen Punkt mit unserem Programm unterstützen, aber wir brauchen auch die Politik dazu. Wie auch immer die politischen Entscheide im Bereich Klima- und Strompolitik aussehen, das wichtigste ist, dass sie Kontinuität und Verlässlichkeit schaffen, dass sie für die nächsten 10 bis 15 Jahre gelten. Ob dies nun beim Strom eine kostendeckende Einspeisevergütung ist oder ein Quotenmodell wie in Schweden, wenn man's vernünftig angeht, sind beide Modelle gut. Wir brauchen also den politischen Entscheid, der den Investoren über eine längere Zeit Sicherheit gibt, sowie eine genaue Zielsetzung.

Sind Sie nicht ungeduldig?

Natürlich ist da eine gewisse Ungeduld, weil die Entscheide von Session zu Session vertagt werden. Andererseits ist es auch verständlich, dass das Parlament sich solch wichtige Entscheide genau überlegt. Wir von der Verwaltung müssen einerseits eine gewisse Ungeduld mitbringen, um die Dossiers voranzutreiben, andererseits müssen wir Geduld gegenüber den politischen Entscheidungsfindungen haben, die mehr Zeit brauchen. Ich ziehe es vor, dass das Parlament sich für den richtigen Beschluss Zeit nimmt, als dass es gar nicht oder schlecht entscheidet.

Das scheint mir doch sehr positiv. Dem Programm EnergieSchweiz wurde das Budget im Bereich Forschung einmal mehr gekürzt. Ist das nicht frustrierend?

Jammern bringt nichts. Es ist unser Ziel, unsere Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Es ist nun einmal Realität, dass das Parlament Ende Jahr einen Budgetentscheid fällt und wir daraus das Beste machen müssen. Es kann auch positiv sein, wenn wir so

immer klare Prioritäten setzen müssen. Ich sehe das auch als Chance.

Trotzdem, in Deutschland wurden zum Beispiel dank einer guten Energiepolitik nicht nur viele Anlagen gebaut, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen und viel Know-how geschaffen. Viele gute Schweizer Firmen und Patente im Bereich erneuerbare Energien wurden von deutschen Firmen aufgekauft.

Ja, das stimmt. Dies ist energie-, wirtschafts- und innovationspolitisch sehr bedauerenswert. Denn die innovativen Firmen finden in der Schweiz keinen Markt. Deutschland hat mit seiner Energiepolitik ein sehr schlagkräftiges Instrument geschaffen. In der Schweiz müssen wir bessere Bedingungen herstellen. EnergieSchweiz verfolgt dieses Ziel mit der vermehrten Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen. Natürlich sind unsere Mittel viel bescheidener als in Deutschland und natürlich schauen wir mit einem gewissen Neid über die Grenze. Wir müssen und dürfen von den umliegenden Ländern lernen, wir brauchen auch griffige Instrumente wie zum Beispiel eine Einspeisevergütung beim Strom. Dafür zu kämpfen, sind wir da. Doch wir dürfen auch stolz sein auf das, was wir mit EnergieSchweiz schon erreicht haben. Wenn dazu eine griffige CO₂-Abgabe und eine Einspeisevergütung oder auch die parlamentarische Initiative Kunz kommen, die 30 Millionen Franken aus der Mehrwertsteuer für Biomasse vorsieht, dann können wir den Rückstand aufholen, den wir gegenüber unseren Nachbarn haben. Es ist klar, dass wir rein von den Potenzialen her die genau gleichen Chancen wie unsere Nachbarländer haben, ausser vielleicht bei der Windenergie.

«Der Entscheid des Parlaments zugunsten einer CO₂-Abgabe ist ein klarer Richtungsentscheid»

Die Aufgabe von EnergieSchweiz ist es nun, als Drehscheibe und Plattform diese energiepolitischen Massnahmen sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Denn wenn wir die Ziele erreichen wollen, die sich der Bundesrat gesetzt hat, dann müssen diese Massnahmen kommen. Die anfängliche Freiwilligkeit reicht nicht mehr aus. Wir müssen also diese Massnahmen und Instrumente aufbauen und durch den parlamentarischen Prozess schleusen.

Haben Sie noch nie daran gedacht, nach Schweden auszuwandern? Dort hat man sich das Ziel gesetzt, bis 2020 ganz auf erneuerbare Energien zu setzen. Ein solches Ziel könnte die Schweiz ja auch verfolgen.

Natürlich ist das erfreulich. Aber es bringt einfach nichts, immer über die Grenze zu schielen und sich darüber zu beklagen, dass der Nachbar mehr hat und wir nichts tun. Es geht um die Ziele, die wir uns hier setzen und um die Frage, mit welchen Massnahmen wir diese Ziele erreichen. Und wenn wir heute sehen, was alles bereitsteht und vor allem was in Diskussion ist, dann müssen wir nicht neidisch auf unsere Nachbarn sein. Handeln müssen wir aber.



Michael Kaufmann:
«Wenn wir heute sehen, was alles bereitsteht und vor allem was in Diskussion ist, dann müssen wir nicht neidisch auf unsere Nachbarn sein»

Aber es geht doch nicht ohne die guten Instrumente!

Im Bereich der Klimapolitik sind es die Lenkungsabgaben auf Treib- und Brennstoffen, beim Strom eine kostendeckende Einspeisevergütung oder eine Quotenregelung und im Bereich direkter Zubau von Neuanlagen wären es Instrumente wie zum Beispiel die schon erwähnte parlamentarische Initiative Kunz für Biomasse. Damit bereiten wir den Ausstieg aus den fossilen Energien vor. Parallel dazu müssen wir an der Energieeffizienz arbeiten. Der Markt allein löst die Probleme nicht. Wir brauchen Markthilfen, sonst dauert es noch 30 Jahre, bis der Durchbruch der Erneuerbaren kommt. Wir müssen alles abdecken, von der Forschung über Pilot- und Demonstrationsprojekte bis hin zur Anwendung.

Und diese Instrumente kommen? Denn manche unserer Leserinnen und Leser warten schon seit Jahren darauf.

Der Entscheid des Parlaments zuguns-

ten einer CO₂-Abgabe ist ein klarer Richtungsentscheid. Vielleicht fällt die Abgabe zu Beginn etwas bescheidener aus und wird später erhöht. Aber es ist ein Richtungsentscheid. In der Wirtschaft und im Baugewerbe findet ein Umdenken statt. Die Tatsache, dass eine Firma wie SwissRe nur noch nach Minergie-Standard baut, dass eine Firma wie die Mobilier ihren Gebäudepark dem Minergie-Standard anpasst zeigt, dass etwas in Gang gekommen ist. Die Wirtschaft hat's begriffen.

Die Wirtschaft hat's begriffen, aber die Politik nicht!

Ja, das darf man bis zu einem gewissen Grad kritisch feststellen. Es gibt in der Wirtschaft innovative Unternehmen, die verstanden haben, dass wir han-

deln müssen. Und dass der Markt dies auch verlangt. Vor 20 Jahren war die Solarenergie etwas für Spinner, heute betreibt die BKW eine Riesensolaranlage auf dem Stade de Suisse. Solarenergie ist etabliert. In einer Generation hat sich viel verändert.

Wenn Sie morgen wirklich selber entscheiden könnten ohne ein Parlament, auf das Sie warten müssten, welche Massnahmen würden Sie ergreifen?

Ich würde genau das tun, was andiskutiert ist: Eine Lenkungsabgabe auf fossilen Energien und eine Einspeisevergütung auf Strom aus erneuerbaren Energien einführen und gleichzeitig ein Effizienzprogramm starten. Das zusammen könnte sehr viel bringen. Wir von EnergieSchweiz sind optimistisch, dass bald Entscheide in diese Richtung gefällt werden. Denn der Parlamentsentscheid zur CO₂-Abgabe zeigt, dass die Politik erkannt hat: Das Zeitalter der Freiwilligkeit ist vorbei!